

Bezirkstag - Plenum am 15.12.2011
Haushaltsrede FDP Fraktion, Sigrid Friedl-Lausenmeyer

Sehr geehrter Herr Regierungspräsident, sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

die besonderen Umstände zur Erstellung des Haushalts 2012 möchte ich mit einem Dank würdigen: Nach dem Tod von Herrn Erich Rössler, der als Kämmerer jahrzehntelang fachlich sicher und den Stürmen gewachsen den Bezirkshaushalt aufgestellt hat und ihn uns über die Jahre gut verständlich und geduldig nahe gebracht hat, - wir denken sehr gerne an ihn! - hat Frau Hirschhuber den Part übernommen und sich mit Engagement dieser schwierigen Aufgabe gewidmet. Danke Frau Hirschhuber, dass Sie auch für unsere Fraktion für die notwendigen Erläuterungen zur Verfügung gestanden sind.

Das bringt mich auch gleich zu **unserer Position zum Haushalt 2012**: Wir werden mehrheitlich dem Entwurf zustimmen.

Der Vermögenshaushalt sowohl für 2012 als auch die Finanzplanung 2013 bis 2015 weist keine Kreditaufnahme auf, damit ist die HHSatzung nicht genehmigungspflichtig. Die Rücklage konnte aufgefüllt werden. In Anbetracht der Steigerung der Fallzahlen und der Erhöhung der Tariflöhne um 2% und angesichts des diesjährigen ungedeckten Bedarfs von 51/2 % sehen wir die Anhebung der Umlage gerechtfertigt.

Die Zukunft des Bezirks ist eigentlich noch viel wichtiger als das Vergangene:

Der Fortentwicklung des Bezirks als Know-How-Träger und als DER Ansprechpartner für Inklusion sollte unser volles Augenmerk gelten. Mit diesem Thema werden wir uns verstärkt befassen müssen, denn damit wird einmal mehr die Daseinsberechtigung der Bezirke gestärkt werden: Wir haben umzusetzen, was der Gesetzgeber vorgeschlagen bzw. bestimmt hat, und wir werden als Mittler zwischen der Gesellschaft und dem Gesetzgeber fungieren. Gerade der Bezirk als dritte kommunale Ebene wird sich der Verantwortung stellen müssen, Inklusion „gesellschaftsfähig“ zu machen: diese Herausforderung müssen wir als einen Prozess gestalten, den man nicht dem Zufall überlassen darf.

Aber natürlich zuerst der Rückblick:

Wie auch die letzten Jahre ist die Entwicklung der **Kliniken des Bezirks Oberbayern** außerordentlich erfreulich gewesen. Den neuen Markenauftritt, auf den man zu Recht stolz sein kann, empfinden wir als eine hervorragende Visitenkarte sowohl für die Kliniken als auch für den Bezirk Oberbayern. Wir begrüßen darüber hinaus ausdrücklich, dass die erzielten Jahresüberschüsse insbesondere in ein nachhaltiges Konzept zur Personalentwicklung und in zusätzliche Investitionen zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung Oberbayerns fließen. Auch dass die Realisierung einer geschlossenen Übergangseinrichtung für psychisch Kranke durch das kbo-SPZ angegangen wird und dass die interne Revision durch ein modernes Risikomanagement gestärkt wurde, sind wichtige und richtige Maßnahmen des Managements gewesen.

Das kbo-Kommunalunternehmen steht auch für die nächsten Jahre vor großen Herausforderungen, ich denke da nur an die Auflassung in Haar und die damit

verbundenen vielen Baumaßnahmen oder die Entwicklung eines neuen Entgeltsystems. Wir von der FDP Fraktion haben jedoch volles Vertrauen in die Konzernführung und in die Mitarbeiter des kbo.
Sehr geehrter Herr Spuckti, Ihnen und ihrem Team vielen Dank, es darf ein „Weiter so!“ sehr gerne geben.

Aus dem Personalbereich gibt es einiges Erfreuliches zu melden. Der deutliche Rückgang der unbesetzten Stellen sowie die Tatsache, dass dieses Jahr fast alle Anwärter- und Azubi-Plätze besetzt werden konnten, belegt eindrucksvoll, dass die Maßnahmen, die in den letzten Jahren ergriffen worden sind, nunmehr Wirkung zeigen. Einige Anstöße sind ja auch aus unserer Fraktion gekommen, doch natürlich gilt der uneingeschränkte Dank an dieser Stelle der Personalabteilung und ihrem unermüdlichen Fleiß und Einsatz, wenn es darum gegangen ist, neue Mitarbeiter zu finden, und mehr noch, diese auch zu halten. Auch hier darf es ein „Weiter so!“ gerne geben.

Die Notwendigkeit der durchaus üppigen Mehrungen im heurigen Stellenplan ist klar erkennbar. Es bleibt aber abzuwarten, ob insbesondere die befristeten Stellen im Bereich Wirtschaftsprüfung und bei der Sozialverwaltung tatsächlich die damit verbundenen Erwartungen erfüllen. Sollte dies nicht der Fall sein, darf es nicht zum Automatismus kommen, durch den solche Stellen dann plötzlich doch in dauerhafte umgewandelt werden. Hier erwarten wir, dass im Personalausschuss rechtzeitig und transparent Bericht erstattet wird.

Im Bereich Soziales war das **HMBT-Verfahren** letztes Jahr das Sorgenkind unserer Fraktion.

Für Förderstätten ist positiv zu sehen, dass in Form der eingerichteten Arbeitsgruppe ein mehr oder weniger breites Forum für den Austausch bestanden hat. Der Austausch zwischen den Einrichtungsträgern und der Verwaltung hat durch den - unserer Ansicht nach! - guten Start von Herrn Kumez merklich an Qualität gewonnen, was ja nicht nur von uns sehr geschätzt wird.

Positiv zu sehen ist auch der grundsätzliche Wille, weg von einer institutionellen, pauschalen Einrichtungsförderung hin zu einer auf die einzelne Person bezogene, bedarfsgerechte Individualförderung zu gelangen - was ja auch im Sinne der Behindertenrechtskonvention ist.

Nun zu den Sorgen: Wir teilen durchaus die Ansicht kritischer Akteure auf anderen politischen Ebenen - wie etwa der Spitze des Sozialausschusses im Bayerischen Landtag, hier der Vorsitzenden, unserer Kollegin Brigitte Meyer sowie ihres Stellvertreters Joachim Unterländer, dass darauf zu achten ist, keine unnötigen Bürokratien einzuführen, die womöglich am Bedarf der Betroffenen vor Ort vorbei agieren und im schlimmsten Fall eben gerade nicht den Bedarf der einzelnen Person abdecken. Wir sind nach wie vor gar nicht einverstanden mit der von der SPD im Gesundheits- und Sozialausschuss geäußerten Meinung, der zufolge Anfragen etwa zu einem erhöhten Personalbedarf auch mal kurz telefonisch geklärt werden könnten. Wir sehen es als wichtige, wenn nicht wichtigste Aufgabe an, öffentlich anzufragen und zu klären - natürlich ganz besonders im Sinne der Betroffenen.

So werden wir im kommenden Jahr sehr darauf achten, dass im Förderstättenbereich mit Blick auf die Gruppe der mehrfach sinnesbehinderten Personen genau geprüft

wird, inwieweit hier nicht anderer Maßstäbe, als sie das HMBT-Verfahren vorgibt, anzuwenden sind.

Für das ganze Anliegen einer verbesserten individuellen Förderung steht freilich der Lackmestest noch bevor: Das ist - bekanntermaßen - der nach wie vor nicht festgelegte Personalschlüssel. Dieser wird zeigen, welche Glaubwürdigkeit das gesamte Unterfangen besitzt.

In der Arbeitsgruppe Mobilität wurde zusammen mit den Vertretern der Betroffenen und der Verwaltung richtig gerungen, um unnötige bürokratische Hürden abzubauen und ein Stück Inklusion in den Alltag der Betroffenen zu bringen. Wichtiger Nebeneffekt war in diesem Zusammenhang, dass die Arbeitsgruppe an die Verwaltung den Auftrag gegeben hat, Beantragungsformulare zu vereinfachen und allgemein bürgerfreundlicher und verständlicher zu gestalten. Schließlich wurde auch ein verständlicher Flyer mit einfacher Sprache kreiert, der sich sehen lassen kann. Hauptanliegen war es aber insbesondere von FDP zusammen mit B'90/Grünen, für die Personen, die nicht mit Bargeld umgehen können, andere verträgliche Lösungen zu finden. Nachdem zunächst entsprechende Anträge keine Mehrheit gefunden haben, konnte hier glücklicherweise zusammen mit der Verwaltung doch noch ein großer Erfolg für diese Personengruppe erzielt werden. Für die Betroffenen wird dadurch ein weiteres Stück Normalität und Freiheit gelebt werden können.

Ein Blick zum Pilotprojekt Weilheim-Schongau: Der Bezirk hat Impulse und Anregungen gegeben zu diesem Projekt, Inklusion vor Ort in der Kommune hat damit eine erste kleine Wurzel geschlagen. Damit das Projekt ein Erfolg wird, muss jedoch der Gestaltungswille vor Ort - in dem Fall im Kreistag, aber auch auf allen Ebenen - vorhanden sein.!

Womit wir auch bei den **Zukunftsthemen** sind, denn, wie gesagt, die Zukunft des Bezirks ist eigentlich noch viel wichtiger als das Vergangene:

Wir müssen zukünftig Ansprechpartner für das Thema Inklusion sein. Der Bezirk hat das KnowHow. Der Bezirk muss noch stärkeren politischen Gestaltungswillen aufbringen.

Dazu müssen wir uns noch mehr folgenden Themen widmen:

Nach innen sind das

- 1. Steigerung der Effizienz der Verwaltung.**
- 2. Professionalisierung des Austausches Bezirk als Kostenträger mit den Trägern als Leistungserbringer.**
- und 3. die Fortsetzung und Vertiefung der Sozialberichterstattung.**

Den Willen zur Steuerung unterstützt die FDP eindeutig. Die Einsetzung der AG "Steuerungsmechanismen zur qualitativen Weiterentwicklung im Bereich Wohnen" ist hier als Vorbild beispielhaft zu nennen.

Und die nun flächendeckende Fortschreitung der Einführung des Gesamtplanverfahrens stellt alle Beteiligten wie auch die Politik vor weitere Herausforderungen, die bewältigt werden müssen.

Nach aussen:

1. Verbreiterung des Inklusionsgedankens in der kommunalen Familie; das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Es muss ein Umdenken in den Köpfen geben. Wir sollten als Bezirksräte für Inklusion sprechen - und nicht zu sehr als Bedenkenträger fungieren. Probleme wird es geben, aber wir müssen uns ihnen stellen und Lösungen erarbeiten

2. Bessere Anbindung und Verlinkung der Schnittstellen auf allen Ebenen.

3. Beschreitung neuer Wege auch mit Blick auf die Einrichtungslandschaft:

Wenn es Anliegen des Bezirks ist, hier auch in Richtung einer Ausweitung der Trägerlandschaft und einer Verbreiterung der Variabilität wie zum Beispiel ambulanter Wohn- und Lebensformen zum Wohl der Betroffenen anzustreben, dann setzen wir auch darauf, dass die Freien Träger diesen politischen Steuerungswillen auch anerkennen, und nicht hinter jedem Anliegen die Befürchtung erheben, dass ein derartiger Strukturwandel aus alleinigen Kostendämpfungs- und Einsparanliegen motiviert sei. Dies wäre auch unserer Meinung nach zu kurz gegriffen. Nichts desto trotz können unseres Erachtens aber derartige Maßnahmen nur im Einvernehmen und gemeinsam mit den Trägern auf den Weg gebracht werden. Sie könnten ansonsten mittel- und langfristige nicht erfolgreich sein.

4. Bei der Eingliederungshilfe müssen wir uns auch mit neuen Wegen im Sinne der Selbstbestimmung und des Wahlrechts aus der Behindertenrechtskonvention (BRK) befassen; hier stehen wir nach wie vor erst am Anfang eines Paradigmenwechsels.

5. Und letztlich werden wir bei der Frage der Inklusion im Bildungs- und Schulbereich in den nächsten Jahren auch mutig diskutieren müssen, welche Rolle unsere Förderschulen in einer sich wandelnden Schullandschaft auch in Bayern spielen sollen. Die BRK gibt jedem einzelnen Betroffenen das Wahlrecht gibt, welche Schule er besuchen möchte. Somit ist es nach unserer Auffassung notwendig, das Know-How der Förderschulen, wenn auch ggf. in gewandelter Form, aufrecht zu erhalten und den generellen Besuch bei Wunsch auch weiterhin zu ermöglichen.

Im von Experten durchaus als vorbildlich eingeschätzten Südtirol zum Beispiel gibt es Fälle schwererer oder mehrfachbehinderter Menschen, die in Schulen nach Innsbruck oder Bayern auswandern, um dort die Fachförderung zu erhalten, die sie an einer Regelschule in Südtirol nicht vorfinden. Dies müssen wir in Bayern verhindern und entsprechende Fachförderung in Regelschulen anbieten.

Andererseits müssen wir diskutieren, inwieweit sich auch Förderschulen ein Stück weit für andere Schülergruppen öffnen können.

Das Anliegen der **Verwaltung** zu mehr Transparenz und, nennen wir es einmal Bürgerfreundlichkeit, ist zukunftsfähig und damit lobenswert.

Was die **Ausstattung des Bezirkes mit Finanzmitteln** zur Erfüllung seiner Aufgaben angeht, steht auch für uns weiterhin die Forderung im Raum, die Finanzierung mittelfristig umzustellen, wo wir für die Drittel-Finanzierung durch Bund, Land und Kommunen und dadurch bedingt die Entlastung der kommunalen Ebenen stehen. Allerdings halten wir es ebenfalls für wichtig darauf zu achten, dass nicht der Eindruck entsteht, der Bezirk wolle nur unreflektiert Aufgaben abgeben ohne sich ernsthaft über deren andere Finanzierung Gedanken gemacht zu haben. Wir müssen uns hier stärker gegenüber anderen politischen Ebenen wie Bund und Land unsere Angelegenheiten vertreten.

Gerade bei der **Pflege** geben wir zu bedenken, dass genau zu prüfen ist, inwieweit Kosten im ambulanten und stationären Bereich nun gleichgesetzt werden sollen. Durch eine extensive Ausweitung des Pflegebegriffs hinaus - Demenz einmal ausgeklammert, hier sind wir uns wirklich einig - auch enorme Kosten auf alle Beteiligten zukommen, Experten gehen von bis zu 8 Mrd. Euro und mehr aus. - Die Resolution tragen wir letztlich mit, da sie in die richtige Richtung weist.

Eine kleine Freude mit großer Wirkung ist uns das **Ratsinformationssystem**. Wir hatten dazu Anfang des Jahres 2009 den Antrag gestellt, und jetzt läuft's: Wir Bezirksräte können die umfangreichen Unterlagen papierfrei im Internet abrufen. Ich bin sicher, dass dies die Zukunft ist, auch wenn einige sich damit noch nicht anfreunden können. Die Möglichkeit, beim altbewährten System zu bleiben, ist ja für den einzelnen nach wie vor gegeben, und dies ist für uns auch ein schönes Beispiel liberaler Haltung: Einen neuen Weg einzuschlagen, ohne ihn sofort für alle zu fordern, und dabei sukzessive sinnvolle Änderungen einzuführen.

Für die Verwaltung wird nach der Zeit der Umstellung sich dauerhaft Arbeitserleichterung einstellen, (so viel zur vorher erwähnten Steigerung der Effizienz der Verwaltung), Kosten für Papier und Porto werden weniger, nicht zuletzt wird Papier gespart, und, noch ein ganz wichtiger Punkt, Recherche wird erleichtert und Transparenz damit deutlich erhöht!

Ein Wort noch zu **politischen Debatten** im Bezirkstag
Im Bezirksausschuss haben wir über den SPD-Antrag zur Zusammenlegung der Wahltermine gesprochen. Im Vorfeld wurde - nach der Debatte und Abstimmung zur 3. Startbahn - durch die Verwaltung ein Papier ausgearbeitet das uns die rechtlichen Möglichkeiten bzw. Unmöglichkeiten politischer Diskussion aufzeigen soll. Im Bezirksausschuss ist das Papier zu Kenntnis genommen worden, um direkt anschließend besagten SPD-Antrag aufzurufen.

Da wir als FDP Fraktion uns klar dazu bekennen, auch Anträge mit rein politische Themen, die nicht unmittelbar unseren Wirkungskreis betreffen, weiterhin zu diskutieren und abzustimmen, haben wir keinen Einspruch dagegen erhoben, dass der Antrag, dem man genau diese Eigenschaft zumessen müsste, eigentlich nicht hätte beraten dürfen. Aber unsere Bitte geht an Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen:

Der Bezirkstag ist zwar kein Parlament, aber genauso ein politisches Gremium wie jede andere kommunale Ebene. Bekennen wir uns dazu, Politiker zu sein! Wir sollten uns in unserer Meinungsbildung und -freiheit nicht beschränken, sondern im Gegenteil einen lebhaften Diskurs führen, der unsere Demokratie erst lebendig macht und die Parteien, die die tragenden Säulen der Demokratie sind, stärkt. Denn schließlich gibt ja niemand von uns seine Gesinnung an der Garderobe ab, wenn er diesen Saal betritt.

Einen herzlicher Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung für immer freundliche Auskunft und Unterstützung. Nicht minder herzlich danke ich den Kolleginnen und Kollegen, mit denen wir nach manchmal kontroverser Diskussion in zumindest den wirklich wichtigen Abstimmungen gute Beschlüsse fassen konnten. Ihnen allen eine friedvolle Weihnachtszeit.